

## **Anteil der E-Pkw stagniert in Oberösterreich und auch österreichweit**

- **Auf Bundesebene wirksame Maßnahmen für mehr E-Mobilität nötig**

VCÖ (Wien, 5. Oktober 2018) - **In Oberösterreich stagniert die Anzahl der neuzugelassenen E-Autos, ebenso österreichweit, macht der VCÖ aufmerksam. Die Gründe: Es gibt zu wenige E-Automodelle sowie zu viele Barrieren bei der Errichtung von Lade-Infrastruktur. Die zuletzt von der Regierung präsentierten Maßnahmen nützen der E-Mobilität wenig, haben aber zahlreiche negative Seiteneffekte.** Der VCÖ fordert wirksame Maßnahmen für mehr klimaverträgliche Mobilität.

638 E-Pkw wurden heuer in Oberösterreich neu zugelassen, das waren 1,5 Prozent aller Pkw-Neuzulassungen, informiert der VCÖ. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres lag der Anteil bei 1,6 Prozent. Im Zeitraum 2014 bis 2017 hat sich der Anteil der neuzugelassenen E-Pkw in Oberösterreich von 0,4 auf 1,6 Prozent vervierfacht. Auch österreichweit stagniert heuer der Anteil der neuzugelassenen E-Pkw bei mageren 1,5 Prozent.

"Die Stagnation ist die Folge des mangelnden E-Autoangebots der Hersteller. Die Zahl der E-Automodelle ist nach wie vor gering, vor allem im Vergleich zu den Diesel- und Benzin-Pkw. Es braucht daher auf Bundesebene Maßnahmen, die der E-Mobilität wirksamen Rückenwind geben. Die jüngst präsentierten Maßnahmen tun das nicht und haben zudem zahlreiche unerwünschte Nebenwirkungen", stellt VCÖ-Expertin Ulla Rasmussen fest.

So behindert die Öffnung von Busspuren für E-Autos den klimafreundlicheren Öffentlichen Verkehr. In Norwegen hat die Öffnung der Busspuren für E-Autos dazu geführt, dass die Busse im Stau stehen, macht der VCÖ aufmerksam. Leidtragende der Verspätungen sind die Fahrgäste, insbesondere Buspendler im Frühverkehr. Die Ausnahme von Tempo 100 im IGL-Gebiet führt dazu, dass eine kleine Minderheit an Fahrzeugen deutlich schneller fahren darf, was den Verkehrsfluss beeinträchtigt und das Unfallrisiko erhöht. Auch die Tempokontrollen werden erschwert.

Um das Angebot an E-Automodellen zu erhöhen, braucht es niedrige CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen. Derzeit werden diese auf EU-Ebene verhandelt. Die EU-Kommission möchte die Emissionen bis zum Jahr 2030 um nur 30 Prozent reduzieren, bereits 19 EU-Staaten möchten eine Reduktion um 40 Prozent. Wenn auch Österreich für das 40-Prozent-Ziel stimmt, dann ist die nötige Mehrheit erreicht. Am Dienstag wird beim EU-Umweltministerrat darüber abgestimmt. "Ich erwarte, dass Österreich im Interesse von Umwelt, Bevölkerung und Wirtschaft für das 40 Prozent Ziel stimmt", so VCÖ-Expertin Rasmussen.

Ein weiterer Hemmschuh für die E-Mobilität ist die Ladeinfrastruktur. Meist werden E-Autos über Nacht zu Hause geladen. Wer in Wohnhausanlagen wohnt, hat aber viele Hürden zu überwinden, um sich eine E-Ladestelle ("Wallbox") in der Garage montieren zu lassen. Die Bundesregierung kann durch Änderungen im Wohnrecht dieses Problem lösen, stellt der VCÖ fest. Derzeit muss man die Zustimmung für die Errichtung einer Wallbox gerichtlich durchsetzen lassen, wenn nicht alle Eigentümer zustimmen. Zudem sollten die Netzkosten für die Errichtung von Ladestationen verringert werden.

Der VCÖ weist darauf hin, dass in Österreich entgegen der Zielsetzungen der Klimastrategie die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs weiter steigen. Im ersten Halbjahr wurde um rund zwei Prozent mehr Sprit verkauft, womit auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen gestiegen sind. "Der heurige Hitzesommer hat deutlich gemacht, dass die Klimakrise Realität ist. Der Klimawandel führt zu gewaltigen Schäden, zu Ernteausfällen in der Landwirtschaft und damit in der Folge auch zu teureren

Lebensmitteln. Der Verkehr ist Österreichs größter Problembereich beim Klimaschutz. Es braucht dringend umfassende Maßnahmen, um die Emissionen des Verkehrs deutlich zu reduzieren", betont VCÖ-Expertin Rasmussen.

Der Anteil der mit dem **Öffentlichen Verkehr** und Fahrrad zurückgelegten Strecken ist stark zu erhöhen, die Anzahl der Autofahrten zu reduzieren. Dafür braucht es einen massiven Ausbau der Rad-Infrastruktur sowie auch eine noch stärkere Verbesserung des Öffentlichen Verkehrsangebots. Auch beim Güterverkehr sind umfassende Maßnahmen nötig.

Die Klimaziele sind außerdem ohne ökologische Steuerreform nicht zu erreichen. "Eine **CO2-Abgabe** nach Vorbild von Norwegen oder Schweden würde die Energiewende im Verkehr deutlich beschleunigen", so VCÖ-Expertin Rasmussen.

Rückfragen: VCÖ-Kommunikation, Christian Gratzner, (01) 8932697, (0699)18932695